

**Riskante Liaison: Demokratische Kriegführung  
und die Kommerzialisierung von Sicherheit**

*- Very first draft -*

Sven Chojnacki und Nicole Deitelhoff

Text für das Panel „Kriegführung von Demokratien“, Sektionstagung der DVPW,  
6.-7. Oktober 2005, Mannheim

Sven Chojnacki  
Freie Universität Berlin  
Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften  
Ihnestr. 26  
14195 Berlin  
Tel. +49-(0)30-838-52326  
Email: svencho@zedat.fu-berlin.de

Nicole Deitelhoff  
Hessische Stiftung für Friedens-  
und Konfliktforschung (HSFK)  
Leimenrode 29  
60322 Frankfurt/M  
Tel. +49-(0)69-959104-41  
Email: deitelhoff@hsfk.de

## Einleitung

Als im Frühjahr 2004 vier Angehörige des im US-Auftrag operierenden privaten Militärunternehmens *Blackwater Security* im Irak ums Leben kamen und ihre Leichen öffentlichkeitswirksam in den Straßen Falludschas geschändet wurden, trat eine bislang eher unbemerkt gebliebene Entwicklung in das Licht der Öffentlichkeit: Die Zunahme privater Sicherheits- und Militärdienstleister in (Post-)Konfliktgebieten in den Diensten von westlichen Interventionsstaaten.

Lange Zeit galt das Phänomen privater Sicherheitsproduktion vor allen Dingen als eine Begleiterscheinung von und Reaktion auf zerfallen(d)e politische Ordnungen in Räumen besonderer entgrenzter Staatlichkeit, in denen private Gewaltakteure untereinander und/oder mit verbleibenden Staatsautoritäten um die Produktion des Guts Sicherheit konkurrieren. Der Irak rückt dagegen eine bis jetzt vernachlässigte Entwicklung in den Vordergrund: Nämlich den durch demokratische Regierungen lizenzierten und politisch intendierten Einsatz von kommerziellen Sicherheitsanbietern in Konfliktgebieten. Diese Entwicklung wirft ein neues Schlaglicht auf die Debatte um die Gewaltabneigung von Demokratien in ihrem Außenverhalten, denn, so unsere These, der Einsatz von privaten Sicherheitsagenturen (PSAs)<sup>1</sup> ist trefflich geeignet, die normativen wie strukturellen Fesseln der Kriegführung demokratischer Staaten, die ein wesentliches Element ihrer propagierten Friedfertigkeit sind, erfolgreich abzustreifen. Die Privatisierung der Kriegführung durch kommerzielle Sicherheitsanbieter trägt jedoch sowohl dazu bei, die Kosten der Kriegführung herabzusetzen, die Opfersensibilität der heimischen Öffentlichkeit zu bedienen und schließlich auch die parlamentarische Kontrolle über die Ausübung militärischer Gewalt schrittweise auszuhebeln.

Die Konflikt- und Sicherheitspolitikforschung hat zwar einige plausible Kategorisierungen und Beschreibungen der Veränderungen des globalen Sicherheitsmarktes geliefert (Singer 2003; Mandel 2003). Die sicherheitspolitischen und konflikttheoretischen Einschätzungen zu den kurz- und langfristigen Konsequenzen der Aktivitäten von kommerziellen Sicherheitsagenturen für die internationale Ordnungspolitik variieren jedoch ebenso stark wie die Einschätzung ihrer Wirkung auf die (Wieder-)Herstellung legitimer politischer Ordnungen in Nachkriegssituationen (u.a. Leander 2002; Lock 2001; Mandel 2003; Musah/Fayemi 2000; Musah 2002; O'Brien 2000; Singer 2002). Mehr noch: Die Debatte um die Auswirkungen der

---

<sup>1</sup> Typologisch wird meist zwischen privaten Sicherheits- und Militärfirmen unterschieden. Weil die Grenzen jedoch fließend sind und einzelner Firmen sowohl Sicherheits- als auch Militärdienstleistungen anbieten oder Teil großer Unternehmensgruppen sind, sprechen wir hier allgemeiner von kommerziellen Sicherheitsagenturen (PSAs).

Privatisierung des Krieges auf die internationale Ordnungspolitik wurde bis auf wenige Ausnahmen (vgl. aber Binder 2004) bislang nicht mit der Forschung zur Kriegführung demokratischer Staaten in Verbindung gebracht, eine Leerstelle, die angesichts der Veränderungen des Kriegsgeschehens, d.h. der zu beobachtenden Zunahme an Interventionen durch westliche Demokratien bedenklich ist. Es steht die Frage im Raum, ob in dem Maße, in dem kommerzialisierte Sicherheitsstrategien demokratischen Staaten die Kriegführung erleichtern, sich die ohnehin schwelende Krise des völkerrechtlichen Gewaltverbots (Bruha/Tams 2005: 34-35) verstärkt. Generell besteht die Gefahr, dass sich die demokratischen Interventionsstrategien der normativen Fesseln entledigen, die dem Krieg mit dem in der UN-Charta verankerten Gewaltverbot angelegt worden sind (Czempiel 2002) und dieses in ein demokratisches Interventionsrecht zu transformieren beginnen. Die aktuelle Debatte um ein naszendes Recht auf Demokratie (vgl. Franck 1992; Reisman 2000) wie auch die veränderte politische Diskursstruktur zu Kriegseinsätzen lassen sich in dieser Hinsicht interpretieren (Finnemore 1996; Holzgrefe/Keohane 2003; Geis et al. 2006).

Vor diesem Hintergrund versucht das vorliegende Papier die Forschung zur Privatisierung von Sicherheit und Krieg mit der Debatte um die Kriegführung von Demokratien zusammenzubringen und fragt sowohl nach den Ursachen und Dynamiken für die Zunahme von PSAs in Diensten von Demokratien, aber insbesondere auch deren Folge für die Zukunft demokratischer Kriegführung und globaler Ordnungspolitik. Die Ausgangsvermutung liegt nahe, dass die Marktdynamiken des privaten Sicherheitssektors nicht nur die Sicherheitskalküle lokaler Gewaltunternehmer verändern, sondern auch die Strategien interventionsbereiter Staaten und internationaler Organisationen transformieren. Auch wenn die Entwicklungen während des Irak-Krieges darauf hindeuten, dass die westlichen Interventionsstaaten zwar eine Fülle von Sicherheitsfunktionen an PSAs delegieren, aber ihr Monopol auf den engeren Kern der Kriegführung nicht preisgeben, begünstigen die kosteneffektiveren Lösungen, die der kommerzielle Sicherheitsmarkt für Regierungen interventionsfähiger Drittstaaten bereitstellt, die weitere Privatisierung traditioneller militärischer Funktionen, aber insbesondere auch die Auslagerung der Postkonfliktbearbeitung an diese Akteure. Die Übertragung solcher Sicherheitsfunktionen an kommerzielle Anbieter kann jedoch den nichtintendierten Effekt haben, dass Militärfirmen zur Verlängerung oder Eskalation von Gewaltkonflikten beitragen – und als letzte Konsequenz neue Interventionen von Staaten oder Staatenbündnissen nach sich ziehen.

## 2. Gewaltentwicklung und Kriegsbeteiligungen demokratischer Staaten

### 2.1. Entwicklungen innerhalb des Kriegsgeschehens

Betrachtet man das Panorama des globalen Kriegsgeschehens, dann gibt es drei Makrotrends, die sowohl die Aufschlüsse über den Wandel demokratischer Kriegführung geben als auch die Kommerzialisierung von Sicherheit beeinflussen.<sup>2</sup>

*Erstens* hat sich die Relation von zwischenstaatlichen zu innerstaatlichen Kriegen in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert. Nicht-internationale Gewaltformen treten gegenwärtig etwa achtmal häufiger auf als Kriege zwischen den Staaten (Sarkees u.a. 2003: 61; vgl. auch Gleditsch u.a. 2002; Chojnacki 2005). Als eine Subklasse des Krieges zwischen Staaten haben insbesondere Großmachtkriege in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ihre militärische Bedeutung und konfigurative Prägekraft für die Struktur internationaler Ordnung eingebüßt (Levy u.a. 2001). Allerdings wissen wir auch, dass es nach wie vor recht viele militärische Konflikte unterhalb der Kriegsschwelle gibt. Die Daten zu den *Militarized Interstate Disputes* (MIDs) des *Correlates of War Projekts* (COW) belegen, dass die Mehrzahl zwischenstaatlicher Gewaltkonflikte seit 1816 unterhalb der Kriegsschwelle verlaufen (*threat to use force, display of force, use of force*) und dass die Risiken des Auftretens von MIDs relativ konstant sind (Jones et al. 1996; Gochman/Maoz 1984). Einige besonders gefährdete Dyaden mit demokratischer Beteiligung wie Indien vs. Pakistan und Griechenland vs. Türkei sind seit Jahrzehnten nicht nur in lang anhaltende, strategische Rivalitäten verwickelt (Kaschmirkonflikt, Zypern- und Ägäisfrage), sondern riskieren in ihren Außenbeziehungen bisweilen die Eskalation zum Krieg.

*Zweitens* lässt sich jenseits klassischer Kriegsformen (inner- und zwischenstaatlichen Kriege) in vielen Konfliktregionen eine Zuspitzung des privaten Besitzes über die Gewaltkontrolle und damit der privatisierten Produktion von (Un-)Sicherheit beobachten. Fehlende Sicherheitsgarantien in Räumen be- oder gar entgrenzter Staatlichkeit führen letztlich dazu, dass einzelne nichtstaatliche Gruppierungen wie lokale Selbstverteidigungsgruppen, ethnische Milizen oder Warlords ihre Sicherheit selbst organisieren. Die Etablierung alternativer Gewaltordnungen geht dabei einher mit gewaltgestützten ökonomischen Handlungslogiken, die zur

---

<sup>2</sup> Dazu unterscheiden wir typologisch vier Kriegstypen: *zwischenstaatliche Kriege* (zwischen mindestens zwei souveränen Staaten), *extrastaatliche Kriege* (zwischen Staaten und nichtstaatlichen Akteuren jenseits bestehender Staatsgrenzen wie etwa bei Dekolonisationskonflikten oder imperialen Feldzügen), *innerstaatliche Kriege* (zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren innerhalb bestehender Grenzen) sowie *substaatliche Kriege*, die zwischen primär nichtstaatlichen Gewaltakteuren innerhalb oder jenseits formaler Staatsgrenzen ausgetragen werden (Chojnacki 2005).

Perpetuierung von Sicherheitsmärkten und Kriegsökonomien führen (vgl. Elwert 1997; Berdal und Malone 2000). Paradebeispiele der Entstehung multipler Zonen militärischer Kontrolle, der Verlagerung politischer Entscheidungen in lokale oder transnationale Autoritätsstrukturen und die destruktive Potenz kriegsökonomischer Dynamiken sind die Konfliktsysteme in Westafrika (Sierra Leone, Liberia) und in Zentralasien (Afghanistan) in den 1990er Jahren. Empirisch haben diese substaatlichen Kriege zwar an Bedeutung gewonnen (Chojnacki 2005), sie sind aber keinesfalls die dominante Form kriegerischer Gewalt im globalen Zeitalter, wie die These von den „neuen“ Kriegen suggeriert (Kaldor 1999; Münkler 2002; Zangl/Zürn 2003).<sup>3</sup> Allerdings haben diese alternativen Formen der Gewaltkontrolle und Sicherheitsproduktion deutlichen Einfluss auf die ordnungspolitischen Debatten und sicherheitspolitischen Strategien der Konfliktbearbeitung westlicher Demokratien.

Deutlich wird dies nicht zuletzt am dritten Makrotrend: dem quantitativen und qualitativen Wandel militärischer Interventionen in laufende Kriege. Zwar sind militärische Eingriffe in kriegerische Auseinandersetzungen von außen durch Drittstaaten kein neues Phänomen. Sowohl der Koreakrieg (1950-53) und die komplexen Indochinakriege in und um Vietnam (1945-54, 1960-75) als auch die militärischen Einsätze ehemaliger Kolonialmächte (u.a. Frankreich, Belgien) in den oft gewaltsamen Prozessen der Dekolonisierung sind Belege für externe Interventionsstrategien. Seit Mitte der 1990er Jahre ist das Risiko militärischer Interventionen in laufende Kriege jedoch wieder deutlich angestiegen (Chojnacki 2005). Betroffen davon sind vor allem innerstaatlichen Auseinandersetzungen (etwa jeder vierte Krieg) und substaatliche Kriege (jeder zweite Krieg). Durch militärische Intervention externer Staaten und/oder internationale Friedenseinsätze im Rahmen der Postkonfliktbearbeitung sind Konfliktsysteme wie im Irak und Afghanistan oder der Regionalkrieg in der Demokratischen Republik Kongo und die Kriege in Westafrika (Liberia, Sierra Leone, Cote d'Ivoire) hochgradig internationalisiert und transnationalisiert. Bernhard Zangl und Michael Zürn (2003) interpretieren diese militärischen Eingriffe externer Gewaltakteure gar als eine „neue“ Form des Krieges: als von Staaten und internationalen Sicherheitsinstitutionen geführte Kriege, „um neue Bürgerkriege und den transnationalen Terrorismus zu bekämpfen und um der Spirale von Staatszerfall, Staatsterror und schweren Kriegsverbrechen entgegenzutreten“ (Zangl und Zürn 2003: 195). So begrifflich irritierend und klassifikatorisch problematisch diese Deutung von Interventionen als Kriege konflikttheoretisch auch ist (Chojnacki 2004a: 408), sie ver-

---

<sup>3</sup> Empirisch ergibt sich ein eindeutiges Bild: Von den insgesamt 166 Kriegen, die zwischen 1946 und 2003 zu beobachten waren, sind nahezu zwei Drittel (109) innerstaatliche Auseinandersetzungen (Anti-Regimekriege und Sezessionskriege). Mit weitem Abstand folgen zwischenstaatliche (23) und extrastaatliche Kriege (17). Substaatliche Kriege erreichen mit 16 Kriegsergebnissen etwa einen Anteil von 10 Prozent an allen Kriegen.

weist auf das ernstzunehmende Problem des sicherheitspolitisch *und* normativ begründeten Interventionismus vor allem westlicher Demokratien und Großmächte in laufende kriegerische Auseinandersetzungen. Dies wirft nämlich die Frage auf, inwieweit die Bekämpfung privater Gewaltakteure in Räumen be- und entgrenzter Staatlichkeit sowie die Durchsetzung von Menschenrechtsnormen und Demokratie das Risiko militärischer Interventionen – als einer speziellen, aber eben auch alt bekannten Form des bewaffneten Konfliktaustrags – erhöhen. Dass innere Konflikte und Unruhen äußere Einmischungen anziehen, ist dabei keineswegs neu (vgl. u.a. Bremer 1982). Das quantitative und qualitative Besondere liegt hier vielmehr in der spezifisch sicherheits- und ordnungspolitischen Begründungslogik demokratischer Systeme und in der Bildung multinationaler Allianzen.

Begleitet werden diese Makrotrends von strategischen und technologischen Innovationen, die vor allem von Demokratien forciert werden. Kriege und militärische Interventionen – wie zuletzt im Irak oder in Afghanistan – werden zwar weiterhin auch mit konventionellen Mitteln geführt. Allerdings verändert die *Revolution in Military Affairs* (RMA) mit ihren neuen Aufklärungsmethoden, zielgenauen Luftangriffen und seegestützten Lenkflugkörpern das Bild des zwischenstaatlichen Krieges technologisch. Dahinter steht das Interesse vor allem demokratischer Staaten, die Einsatzrisiken für eigene Soldaten und Soldatinnen zu reduzieren und schnelle territoriale Erfolge zu verbuchen. Die Quintessenz dieser Entwicklung liegt in der Steigerung der militärischen Effektivität und der Reduzierung von Einsatzrisiken für eigene Soldaten. Je geringer die politischen Kosten und die Opferzahlen gehalten werden können, und je höher gleichzeitig die militärischen Erfolgsaussichten werden, desto eher kann der Einsatz militärischer Mittel in demokratischen Entscheidungsprozessen durchgesetzt werden. Pointiert formuliert: Im Verhältnis zu inner- und substaatlichen Kriegen, die heute das Kriegsgeschehen prägen, verlieren zwischenstaatliche Kriege zwar an Bedeutung, mit den militär-strategischen Transformationsprozessen eröffnen sich jedoch Handlungsoptionen *jenseits* des klassischen zwischenstaatlichen Krieges und *unterhalb* massiver und direkter militärischer Operationen, die gerade bei der Entscheidung über einen möglichen Gewalteininsatz in Demokratien an Einfluss gewinnen.

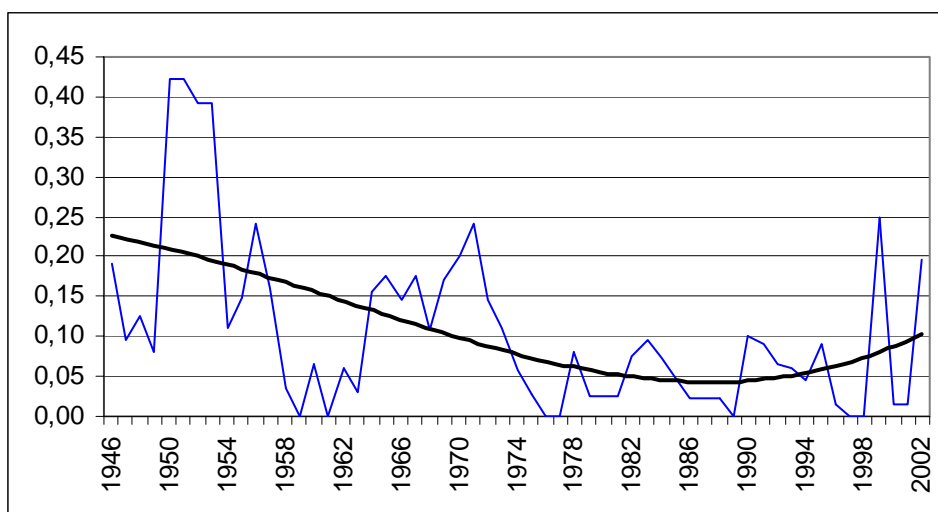
## 2.2. Kriegsgeschehen und Demokratien

Spätestens seit Ende des Ost-West-Konfliktes lässt sich im globalen Kriegsgeschehen eine sicherheits- und ordnungspolitische Tendenz beobachten, die sich an der Intervention in Afghanistan exemplifizieren lässt: der multinationale Einsatz militärischer Gewalt im Rahmen

von (*ad-hoc*)-Allianzen zur Bekämpfung regionaler oder globaler Sicherheitsgefährdungen (Staatszerfall, „Kampf gegen den Terrorismus“) einerseits, zur Durchsetzung demokratischer Standards des Regierens und zur Erzwingung internationaler Normen (Emanzipation der Gesellschaften, Menschenrechte) andererseits. Verbunden sind diese *Pazifizierungsakte*, die komplementiert werden durch UN-mandatierte Einsätze des robusten Peacekeepings (vgl. Kühne 2005), zunehmend mit *Governance*-Aufgaben in Postkonfliktgebieten. Sie reichen von der Übernahme politischer und administrativer Steuerung bis hin zur Errichtung von Protektoraten (u.a. Kosovo, Afghanistan). Begründet werden derartige demokratische *Pazifizierungsakte* nicht mehr allein sicherheitspolitisch (regionale, internationale Stabilität), sondern normativ und damit ordnungspolitisch (vgl. dazu insgesamt die Beiträge in Geis et al. 2006).

Die Promotoren dieser Entwicklungen sind in erster Linie demokratische Staaten mit der Fähigkeit zur Machtprojektion, insbesondere die USA. Dies entspricht der empirischen Erkenntnis, dass insgesamt nur sehr wenige demokratische Systeme auf gewaltsame Mittel in ihrer Außen- und Sicherheitspolitik zurückgreifen. Es sind vor allem die Vereinigten Staaten, Frankreich und Großbritannien, die in laufende militärische Konfrontationen eingreifen – und dadurch auch zum empirischen Befund beitragen, dass Demokratien etwas häufiger militärisch intervenieren als andere Regimetyper (Chojnacki 2004b). Damit zeigt sich auch, dass der militärische Interventionismus vor allem ein Großmachtkonzept ist, das mit der militärischen Fähigkeit zur extraregionalen Machtprojektion und dem Interesse an der Durchsetzung normativer Ordnungsvorstellungen verbunden ist.

*Abbildung 1: Wahrscheinlichkeit demokratischer Kriegsbeteiligungen und militärischer Interventionen in laufende Kriege, 1946-2002*



Wie Abbildung 1 zeigt, ist das Risiko demokratischer Kriegsbeteiligungen und Interventionen im Rahmen von Allianzsystemen oder (*ad-hoc*-)Koalitionen seit dem Ende des Ost-West-Konflikts wieder angestiegen. Involviert sind nun zunehmend auch jüngere osteuropäische Demokratien wie Polen, die Tschechische Republik oder Ungarn sowie demokratische Staaten, die die Anti-Kriegs-Norm in ihrer jüngeren Vergangenheit zu einem Kernelement ihrer Außenpolitik gemacht hatten (Deutschland und Japan). Zwar ist der ordnungspolitische Gestaltungsoptimismus demokratischer Staaten in den 1990er Jahren durch einige Rückschläge auch gebremst worden (u.a. Somalia, Ruanda, Jugoslawien). Die Gewaltentwicklung belegt aber, dass militärische Eingriffe auch in der Gegenwart zum Repertoire demokratischer Außenpolitiken gehören und dass es bei den interventionsbereiten Demokratien keinen grundsätzlichen Zweifel an militärischen Interventionen als ein Steuerungsinstrument ihrer Sicherheits- und Ordnungspolitik gibt (Daase 2006; Brock 2006). Im Gegenteil. Die Anschläge vom 11. September 2001 haben die Begründungen für militärische Interventionen noch einmal verstärkt und verschärft: Dem humanitär begründeten Interventionismus wird nun eine sicherheitspolitische Prämisse beigemischt, die autoritäre Regime und defekte Staatlichkeit als Risiken einer liberalen internationalen Ordnung versteht und – im Falle der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA – auch Präventivschläge zur Pazifizierung nicht ausschließt (vgl. u.a. Pickering 2002; Rhodes 2003).<sup>4</sup> Begleitet und begünstigt werden die jeweiligen Interventionsentscheidungen nicht nur von den bereits oben angesprochenen militär-strategischen Innovationen innerhalb der RMA, sondern auch von der Möglichkeit der Übertragung von Risiken einer Bodenoffensive auf lokale Bodentruppen (Rebellengruppen, Warlords)<sup>5</sup>, die so zumindest kurzfristig zu strategischen Kooperationspartnern aufsteigen, sowie durch den zunehmend globalisierten Markt kommerzieller Sicherheitsproduktion.

### 2.3. *Spezifisch demokratische Kriegführung?*

Diese Tendenzen innerhalb des Kriegsgeschehens und des Kriegsdiskurses machen deutlich, dass sich nicht nur die Interventionen tendenziell ausweiten, sondern vor allen Dingen deren normative Begründungen, die zunehmend auf Bedrohungen der liberalen Weltordnung schlechthin abzielen (Brock et al. 2006: 307f). Krieg bzw. seine spezifische Form der Inter-

---

<sup>4</sup> Zugleich werden damit auch militär-basierte Außenpolitiken legitimiert, wenn etwas der Einsatz von US-Militärs (wie auch kommerzieller Sicherheitsanbieter in deren Auftrag) als Bekämpfung eines Narco-Terrorismus verstanden wird (vgl. Schneiker 2005).

<sup>5</sup> Exemplarisch für das Zusammenspiel zwischen Interventionsstaaten und lokalen Bodentruppen zur Einhegung inner- und substaatlicher Kriege sind die multinationalen Koalitionen unter Führung der USA im Kosovokrieg (mit der UCK) und bei der Bekämpfung der Taliban in Afghanistan (mit der Nordallianz).



vention in laufende Konflikte wird zunehmend angemessener, wenn nicht sogar als notwendiges Instrument von Politik betrachtet. Woher kommen aber dieser Veränderungen hinsichtlich der normativen Bewertungen von Kriegseinsätzen auf Seiten der liberalen Exekutiven? Nicht allein aus moralischer Einsicht speisen sie sich wohl, sondern auch aus den Möglichkeiten veränderter, spezifisch demokratischer Strategien der Kriegführung von Demokratien, den vornehmlichen Interventionsstaaten, die diese Debatten führen, die an den normativen und strukturellen Fesseln ihrer generell konstatierten Abneigung gegen gewaltsamen Konfliktausgang ansetzen. Aus den Daten zum Kriegsgeschehen lässt sich herauslesen, dass unabhängig davon, ob es sich um zwischenstaatliche Kriege oder militärische Interventionen in laufende Auseinandersetzungen handelt, Demokratien militärische Gewalt eher gegen schwächere, verwundbare Gegner anwenden. Bei militärischen Interventionen ist dieser Effekt sogar noch etwas stärker: in über drei Viertel der Fälle verfügten die intervenierenden Demokratien über ein sehr großes Machtübergewicht. Dieser Befund fügt sich in die Debatte um den demokratischen Frieden ein, die von spezifisch demokratischen Faktoren der Bedingung demokratischer Kriege spricht: nämlich der Möglichkeit zu Kosten-, Opfer-, und Risikominimierung (Mölling 2004: 208).<sup>6</sup>

Das Theorem des demokratischen Friedens speist sich aus zwei unterschiedlichen Theorierichtungen, die beide generell davon ausgehen, dass sich in Demokratien die Präferenzen der Bürger in den Politikentscheidungen der Regierungen niederschlagen. In ihrem rationalistischen Strang formuliert die Theorie, dass die zu erwartenden Kosten des Krieges hinsichtlich zu befürchtender eigener Opfer wie der finanziellen Lasten insgesamt die Bürger gegen Kriegseinsätze einnehmen werden. In ihrer kulturalistisch-normativen Variante formuliert sie, dass die Bürger auch normative Gründe gegen einen Kriegseinsatz haben, die sich aus der Internalisierung demokratischer Normen gewaltlosen Konfliktausgangs ebenso wie liberaler Menschenrechte speisen. Unter idealen Bedingungen verstärken sich diese beiden Theoriestränge wechselseitig, so dass generell davon auszugehen sein müsste, dass demokratische Regierungen außerhalb des Verteidigungsfalls nicht zum Mittel des gewaltsamen Konfliktausgangs greifen werden.

Der Blick auf das Kriegsgeschehen macht hinlänglich deutlich, dass diese idealen Bedingungen nicht der Regelfall zu sein scheinen (vgl. auch Geis 2001). Entsprechend hat sich die Forschung zum demokratischen Frieden zunehmend darauf ausgerichtet, die Bedingungen zu spezifizieren, unter denen diese Theoriestränge in ihr Gegenteil verkehrt werden, d.h. eine

---

<sup>6</sup> Zum Tragen kommt das Kostenargument etwa in dem Befund, dass Demokratien meist in kürzere Kriege verwickelt sind (Chojnacki 2004a; Reiter und Stam 2002).

spezifische Kriegsneigung von Demokratien hervorrufen könnten. Unter dem Stichwort der Antinomien des demokratischen Friedens (Müller 2002, 2004) oder der kriegerischen Demokratien (Aust et al. 2004; Geis et al. 2006) wurde herausgearbeitet, dass wenn die Zahl der Opfer gering gehalten und die Kosten des Krieges gesenkt werden können, das utilitaristische Kosten-Nutzen-Argument zugunsten der Friedfertigkeit von Demokratien ausgehöhlt und der Widerstand der Bürger gegen Krieg als Mittel der Politik und gegen die Kosten der Rüstung tendenziell ausgehebelt (Müller 2002: 57) wird.

Der Einsatz von kommerziellen Sicherheitsanbietern ist trefflich geeignet, einen Beitrag hierzu zu leisten, in dem er durch Auslagerung militärischer Aufgaben an kostengünstigere private Anbieter vermeintlich sowohl die finanziellen Kosten der Kriegführung gering halten kann als auch das Risiko eigener Opfer senken kann, indem das eigene Truppenkontingent geschont wird. Schließlich lässt sich auch argumentieren, dass der Einsatz dieser Anbieter, deren Verträge generell der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind, dazu beiträgt, die Transparenz der Kostenlage, aber auch des Militäreinsatzes insgesamt zu verschleiern. So führt die doppelte Motivation der Kosteneffizienz und Opferkalkulation – verbunden mit der zeitlichen Vorgabe, den Krieg möglichst schnell zu beenden – im militärisch-strategischen Bereich angesichts der sicherheitspolitischen Herausforderungen inner- und substaatlicher Kriege zum einen zum Einsatz modernster Militärstrategien und Technologien (RMA), zum anderen zu kommerziellen Formen der Sicherheitsproduktion, die die mit den unkalkulierbaren Risiken militärischer Einsätze verbunden politischen und moralischen Kosten reduzieren sollen. Weil sich für Demokratien ohnehin eine Präferenz zugunsten militärisch asymmetrischer und kleiner, begrenzter Kriege ergibt, die gesellschaftlich leichter durchsetzbar und legitimierbar sind, werden Interventionsentscheidungen durch die Perspektiven, die eine Auslagerung militärischer Risiken bietet, noch begünstigt.

Martin Binder (2004) hat in diesem Zusammenhang aufzuzeigen versucht, dass der Einsatz von kommerziellen Sicherheitsanbietern eine spezifische Antinomie des demokratischen Friedens darstellt. Anhand der Fallbeispiele des Einsatzes von *Sandline International* in Sierra Leone durch Großbritannien und *Military Professional Resources Inc.* in Bosnien-Herzegowina durch die USA skizziert Binder wie angesichts von Konfliktstrukturen, in denen die jeweiligen (Auftrags-)Staaten keine strategischen Interessen berührt sehen und die mit hohen militärischen Risiken behaftet sind, andererseits aber die normativen Präferenzen der Bürger hinsichtlich eines militärischen Eingriffs begünstigen, PSAs eine Alternative für demokratische Regierungen bieten, zugleich die normativen Orientierungen ihrer Bürger zu be-

dienen, ohne in die Kostenfalle einer konventionellen Intervention hineinzulaufen (Binder 2004: 8f, 45).

Diese Antinomienargumentation setzt aber letztlich voraus, dass die normativen Vorgaben für Kriegseinsätze konstant bleiben. Die Auslagerung von Militäraufgaben an PSAs ist hierin eine Strategie, ein Dilemma zwischen normativen Präferenzen der Bürger zugunsten eines Eingreifens und gleichzeitig hohen finanziellen und politischen Kosten eben dieses Eingreifens aufzulösen. Der oben dargestellte Wandel hinsichtlich der Gründe von Interventionen scheint aber darüber hinaus zu gehen. Kommerzielle Sicherheitsanbieter scheinen das Potenzial zu haben, einen ganz neuen Interventionsimpetus zu provozieren, der sich einerseits aus einer self-fulfilling-prophecy speist, die aus einer fortgesetzten Kommerzialisierung hervorgeht und andererseits aus der Entfesselung normativer Weltordnungsträume liberaler Exekutiven herrührt. Diese Entwicklungen gilt es, sich im Folgenden näher anzusehen.

### **3. Private Sicherheitsagenturen als Ausdruck kommerzieller Kriegführung**

Private Sicherheitsagenturen (PSAs) gelten neben dem Phänomen lokaler Kriegsherrn (Warlords) als ein Sinnbild für „neue“ Formen der privatisierten und kommerzialisierten Kriegführung (u.a. Kaldor 1999; Münkler 2002). Im Gegensatz zur *bottom-up*-Perspektive privater Sicherheitsvorsorge durch substaatliche Gruppierungen in gewaltoffenen Räumen begrenzter Staatlichkeit signalisieren PSAs eine politisch sanktionierte *top-down*-Entwicklung der Privatisierung von Sicherheit (u.a. Leander 2003: 3ff; Muthien/Taylor 2002: 186; Musah 2002: 913). Dabei handelt es sich um durch (Rest-)Staaten oder internationale Organisationen initiierte Prozesse der Verlagerung von Gewaltkompetenzen an Akteure des privaten Sektors mit dem Ziel des Erhalts oder Rückgewinns von Gewaltkontrolle. In der Konsequenz beeinflussen diese Entwicklungen nicht nur die militärischen Kräfteverhältnisse und lokalen Konfliktdynamiken, sondern auch die Kalküle externer Interventionsstaaten, militärische Gewalt als Mittel zur Durchsetzung von Interessen einzusetzen.

#### *3.1 Definition, Formen und Entwicklung von PSAs*

Im Sinne einer Arbeitsdefinition sind private Sicherheitsagenturen kommerzielle, gewinnorientierte Unternehmen, die Sicherheits- und Militärdienstleistungen anbieten, marktwirtschaftlichen Handlungskalkülen folgen sowie hochgradig professionalisiert, privatrechtlich organisiert und legal registriert sind. Das militärische Personal ist eingebunden „within a defined

structure, with established terms and conditions [...] with a degree of organisation and accountability to the company“ (Shearer 1998: 21). Dies unterscheidet sie nicht nur von anderen privaten Gewaltunternehmern wie den *Warlords*, sondern auch von klassischen Söldnern (Musah/Fajemi 2000; Singer 2003). Letztere sind eher *ad-hoc*-Gruppierungen (O’Brian 2000), die im Konfliktgebiet oder im Ausland speziell für die Teilnahme an einem Konflikt rekrutiert wurden und sich aus persönlichem Gewinnstreben am Gewalteinsatz beteiligen.<sup>7</sup>

Für den Bedeutungszuwachs von PSAs gibt es neben der Unfähigkeit zahlreicher Staaten, Sicherheitsfunktionen befriedigend wahrzunehmen, vier weitere Gründe: *Erstens* spielt hier der technologische Wandel der Kriegführung hinein (gesteigerter Bedarf an hochqualifizierter Expertise in beratender, ausführender und logistischer Tätigkeit). *Zweitens* hat sich seit dem Ende des Ost-West-Konflikts mit der Reduzierung von Militär- und Rüstungskomplexen ein globaler Sicherheitsmarkt für qualifizierte Militärs und verfügbare Waffensysteme auf dem privaten Sektor entwickelt. *Drittens* muss diese Entwicklung auch in den Kontext einer generellen Welle der Privatisierung eingeordnet werden gesehen werden, in der das Outsourcing von ehemals staatlichen Hoheitsaufgaben zunehmend als legitim gesehen wird. *Viertens* wird das Anwachsen des globalen Marktes für Sicherheits- und Militärdienstleistungen durch die Bedürfnisse humanitärer Organisationen (Sicherheit im humanitären Raum) und die Kalküle Multinationaler Konzerne (Sicherheit beim Ressourcenabbau) beeinflusst.

Private Sicherheitsagenturen sind jedoch nicht allein eine Erscheinung der „postnationalen Konstellation“ (Zangl/Zürn 2003). Bereits während des Ost-West-Konflikts haben die Vereinigten Staaten und Großbritannien diverse Sicherheitsfunktionen an militärische Spezialeinheiten und militärstrategische Beratungs- und Logistikunternehmen wie DynCorp, das bereits in den frühen 1950er gegründet worden ist, ausgelagert. Zudem haben demokratische Interventionsstaaten in vielen Kriegen (Korea, Vietnam) große Söldnerheere für Kampf- und Spezialeinsätze genutzt. Die Kriegführung steht also bereits länger in enger Beziehung zu privatisierten Sicherheitsstrategien. Bisherige Forschungsarbeiten zeigen jedoch, dass sich in den letzten Jahren a) die Größe und Struktur des Sicherheitsmarkts, b) das funktionale Aufgabenspektrum sowie c) die Auswirkungen auf die (selektive) Produktion von Sicherheit verändert bzw. ausgeweitet haben (Singer 2001/2002; Mandel 2002).

Direkte Beteiligungen an militärischer Operationen (*Combat*-Einsätze) sind dabei eher die Ausnahme. Zwar ist die Kommerzialisierung von Sicherheit in den 1990er Jahren gerade

---

<sup>7</sup> Der „klassische“ Söldner hat zwar in den vergangenen Jahren an Bedeutung verloren, ist aber auf einigen Kriegsschauplätzen der Gegenwart nach wie vor präsent (u.a. in der DR Kongo oder im Bosnienkrieg).

durch die militärischen Kampfeinsätze der südafrikanischen Firma *Executive Outcomes* (in Angola und Sierra Leone) und der britischen Firma *Sandline International* (in Sierra Leone und Papua Neu Guinea), die inzwischen beide aufgelöst worden sind, schrittweise in das politikwissenschaftliche und öffentliche Bewusstsein vorgedrungen (vgl. Büttner 2003; Binder 2004; Howe 1998). Weitaus mehr Sicherheitsagenturen bieten ihre Dienste aber in den Bereichen *militärischer Unterstützung* (Training, Beratung, Lieferung von Ausrüstung und Waffen, Verhör von Kriegsgefangenen), *militärischer Risikoanalyse* (Nachrichtenbeschaffung), *logistischer Unterstützung* (Transport, Telekommunikation, administrative Dienste) oder *materieller Schutzfunktionen* (Personen- und Objektschutz, Sicherung von Ressourcenzugängen) an. Angesichts der Schwäche und der Auflösungserscheinungen regulärer Armeen in vielen inner- und substaatlichen Kriegen einerseits, der Übernahme politischer und administrativer Steuerungsaufgaben in den Konflikträumen be- und entgrenzter Staatlichkeit andererseits, boomen vor allem die Sektoren Training/Beratung, logistische Unterstützung und Objektschutz. Marktführer und Unternehmenskonglomerate wie *DynCorp*, *Blackwater*, *Kellogg Brown & Root*, *Defense Services Ltd. (DSL)* oder *L-3 Communications*, die kürzlich die u.a. im Bosnienkrieg beteiligte Sicherheitsfirma *Military Resources Professional Incorporated (MPRI)* übernommen haben, bieten dann auch gleich eine Fülle von unterschiedlichen, lukrativen Diensten auf dem globalen Sicherheitsmarkt an. Einige diese Unternehmen wie *Blackwater* oder auch die britische Firma *Control Risk Group* bewegen sich bei einem Teil ihrer Einsätze weiterhin in einer dubiosen Grauzone militärischer Operationen (Aufstands- und Anti-Terror-Bekämpfung, Unterstützung von Spezialeinheiten).

Angesichts dieses operativen Spektrums ist eine klare typologische Differenzierung nach militärischen Sicherheitsanbietern für Einsätze auf dem Schlachtfeld („the tip of the spear“) und Firmen, die eher „weichere“ Sicherheitsfunktionen anbieten, wie sie in der Forschung immer wieder auftaucht (u.a. Singer 2003), mehr als problematisch. In der Praxis bieten viele Unternehmen unterschiedliche Sicherheitsleistungen an oder sind Teil großer Unternehmensgruppen (u.a. *Branch-Heritage-Group*), die verschiedene Unternehmensbereiche abdecken (u.a. Öl- und Gasgewinnung, Förderung von Diamanten und Gold, Transport und Telekommunikation). Deborah Avant (2005: 123) schlägt daher plausibel vor, anstatt der Firmen die jeweiligen Verträge als zentrale Analyseeinheit zu nutzen.

Gleichzeitig wird immer deutlicher, dass neben der Kriegführung auch die Friedensstrategien und die Gestaltung von Nachkriegsordnungen privatisiert werden. Zahlreiche internationale UN-Friedensmissionen und humanitären Hilfseinsätze greifen zur Sicherung von Flüchtlingslagern, zum Schutz von Politikern, zur Demobilisierung oder zur Ausbildung von Polizeiein-

heiten auf PSAs zurück. Im letzten Irakkrieg, der zunächst als zwischenstaatlicher Krieg begann und nun als extrastaatlicher Krieg zwischen lokalen Milizen und den Interventionsstreitkräften fortgeführt wird, hat sich das Personal privater Sicherheitsagenturen gegenüber dem Golfkrieg von 1991 nahezu verzehnfacht (vgl. Isenberg 2004). Für Mitte 2004 schätzte das US-Verteidigungsministerium, dass private Sicherheitsagenturen mit etwas 20.000 Angestellten im Irak tätig waren – ein Sicherheitskontingent, das heute stärker als alle übrigen ausländischen Streitkräfte zusammen ist.

### 3.2 *Kalküle von Demokratien im Einsatz von PSAs*

Der entscheidende Link für das Abstreifen der „normativen wie strukturellen Fesseln der Kriegführung“ durch den Einsatz von PSAs liegt daher insgesamt wohl weniger in der qualitativen und quantitativen Ausweitung des Sicherheitsmarktes *per se*, sondern a) in der Möglichkeit demokratischer Entscheider, über die private Sicherheitsproduktion die innenpolitischen Debatten zu ihren Gunsten zu strukturieren, und b) in der mit kommerzialisierter Sicherheit und modernisierten Militärtechnologien (RMA) verbundenen „Illusion des (schnellen und günstigen) Sieges“. Allerdings gelingt dies häufig nur unter dem erheblichen Einsatz von politischen Manipulationen. Dazu zählen das Herunterspielen der tatsächlichen militärischen Risiken und die Überbewertung der technischen Überlegenheit ebenso wie die Geheimhaltung von Teilen der Missionen.

Mit dem Einsatz von PSAs wollen demokratische Regierungen zum einen die finanziellen Kosten eines Militäreinsatzes senken. Durch die Auslagerung von Logistikleistungen, Objektschutz oder Aufklärung können die regulären Streitkräfte sich auf die Kernaufgaben des Kriegseinsatzes beschränken. Damit werden dabei nicht nur die Kosten des Personaleinsatzes gesenkt, sondern zugleich auch das eigene Truppenkontingent geschont. Insbesondere angesichts der aktuellen komplexen Sicherheitsherausforderungen, die die Stationierung von Truppen in multiplen Konfliktgebieten nach sich ziehen, soll damit auch die militärische Handlungsfähigkeit der Staaten sichergestellt werden. Dabei handelt es sich längst um mehr als ein reines Kostenargument, denn durch die Absenkung der Truppenstärke als Folge gesellschaftlichen Drucks für eine Friedensdividende nach Ende des Kalten Krieges sind die militärischen Projektionsfähigkeiten selbst von Großmächten wie den USA zunehmend in Frage gestellt. Der Einsatz von PSAs ist dann nicht mehr nur Kostenvorteil, sondern notwendig. Manche Autoren sprechen sogar von einer selbstverstärkenden Tendenz: „The outsourcing of military support functions to private firms during the 1990s contributed to the ‚slack‘ in the military which forced to hire private contractors to sustain the numbers of personnell required

for major and long-term interventions initiated as part of the „war on terror“ (Krahmann 2005: 29).

Hinzu kommt ein weiterer Faktor, der die politischen Kosten eines Kriegseinsatzes berührt. Durch die Verlagerung vielfältiger Aufgaben an PSAs können Regierungen vermeiden, weitere Reservisten einberufen zu müssen und somit der Öffentlichkeit das tatsächliche Ausmaß des Militäreinsatzes wirkungsvoll verschleiern. Damit lässt sich die Opfersensibilität, die demokratischen Staaten zu eigen ist, unterlaufen, denn die Gefallenen von PSAs in Konflikten tauchen in den offiziellen Statistiken nur als Zivilisten auf. Dass es sich dabei nicht um eine Marginalie handelt zeigt der Irakkrieg: nach Bericht des US-Verteidigungsministeriums sind zwischen Mai 2003 und Oktober 2004 166 Angehörige von PSAs ums Leben gekommen und etwa 1.005 wurden verwundet (Finer 2005); ohne dass es – abgesehen von öffentlichkeitswirksamen Vorfällen wie jenen in Falludscha – je zu öffentlichen Reaktionen gekommen ist. Ähnliches gilt mit Blick auf die Opfer unter PSAs im Auftrag der US-Regierung in Kolumbien im Kampf gegen den sog. Narcoterrorismus (vgl. Singer 2001/2002: 218).

Schließlich stärken PSAs auch generell die Position von Exekutiven in innenpolitischen Aushandlungsprozessen, weil sie schrittweise die parlamentarische Kontrolle über Gewalteinsätze aushebeln (vgl. Silverstein 2000). Die Verträge von PSAs werden zunächst mit der Regierung ausgehandelt. Nicht nur unterliegen sie je nach Auftragsgröße oftmals der Geheimhaltung, so dass die Parlamente selbst kaum Einblick in die konkrete Ausgestaltung der Verträge haben, sondern darüber hinaus ist zu beobachten, dass die jeweiligen PSAs wiederum Subkontrakte mit anderen PSAs eingehen, um diese Verträge zu erfüllen (vgl. Singer 2004: 10, 17). Aus diesem Umstand lässt sich nicht nur erklären, dass die US-Regierung selbst keine verlässlichen Zahlen über die Anzahl von PSA-Angehörigen in ihren Diensten etwa im Irak abgeben kann (vgl. Mysorekar 2004), zugleich ist damit auch die parlamentarische Kontrolle über deren Aktivitäten nahezu ausgeschlossen (Schreier/Caparini 2005: 102). Hinzu tritt eine enge personelle Verknüpfung zwischen den großen PSAs und den politischen Eliten in Demokratien, die kaum geeignet ist, die öffentliche Kontrolle zu bestärken. Illustres Beispiel dieser Verquickung ist US-Vizepräsident Cheney, der bei Amtsübernahme die Führung der Teilstreitkräfte (Army, Airforce, Navy) durchgängig mit vormaligen hochrangigen Angehörigen von PSAs besetzte (Schreier/Caparini 2005: 90). So verliert sich das Kernstück demokratischer Kriegsabgeneigtheit, die parlamentarische Kontrolle über Gewalteinsätze in einer sukzessiven Verschachtelung und Aufspaltung von intransparenten Verträgen durch Subunternehmer, die letztlich das Ausmaß und die Kosten des Kriegseinsatzes wirkungsvoll verschleiern.

Vor dem Hintergrund dieser Bedingungen ist es daher nicht verwunderlich, dass auch und gerade demokratische Staaten zunehmend auf Formen privater Sicherheitsproduktion zurückgreifen. Zwar gibt es keine einheitlichen Zahlen, aber schon die Einsatzbreite von PSAs macht deutlich, dass sich ihre Inanspruchnahme durch Demokratien bzw. demokratische Regierungen ausweitet und ihr Einsatz daher auch jenseits der angloamerikanischen Demokratie an Bedeutung gewinnt. Unterschiedliche Quellen geben wenigstens 90 weltweit aktive PSAs an (Kanzleiter 2003: 175; Schreier/Caparini 2005: 19). Die Angaben zur Anzahl der Länder, in denen PSAs operieren, variieren zwischen 50 (Gesellschaft für bedrohte Völker 2005: 7) und 110 (ICIJ 2002). Sicher ist, dass das weltweite Marktvolumen der PSAs kontinuierlich steigt: Gegenwärtig beläuft es sich noch auf ca. \$100 Mrd./Jahr, wird sich im rückblickenden Vergleich zum Jahr 1990 (ca. \$55,6 Mrd.) im Jahr 2010 mit geschätzten \$202 Mrd. allerdings wahrscheinlich nahezu vervierfacht haben (ICIJ 2002: 4). Neben den Regierungen v.a. der USA und Großbritanniens arbeiten laut *Amnesty International* (2004) auch die Verteidigungsministerien und Sicherheitsapparate Frankreichs und Israels eng mit PSAs zusammen. Ungarische Streitkräfte werden durch PSAs an NATO-Standards heran geführt und auch andere Länder der ehemaligen Sowjetunion vertrauen zum Schutz strategischer Einrichtungen und zur Unterstützung regulärer Streitkräfte auf private Unternehmen. Haiti, Papua Neuguinea und die Philippinen sind weitere Demokratien, die auf die Expertise kommerzieller Sicherheits- und Militärfirmen bauen.

Auch wenn der Einsatz von PSAs mithin unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten überaus kritisch zu sehen ist, so handelt es sich doch um eine effektive Form der Risikominimierung und Kostenreduktion (vgl. Münkler 2002: 238). Dabei bleiben aber die Konsequenzen dieses Einsatzes für die globale Ordnungs- und Sicherheitspolitik sowohl von liberalen Exekutiven aber auch aus Seiten der Wissenschaft noch unterbelichtet.

#### **4. Konsequenzen der Kommerzialisierung**

Den substaatlichen Gewaltordnungen in Räumen entgrenzter Staatlichkeit, in denen Sicherheit entweder von „unten“ durch nichtstaatliche Gewaltakteure oder aber durch Formen der (rest-)staatlichen Delegation von Gewalt an private Firmen und lokale Milizen produziert bzw. verknappt wird, steht eine funktionale und sektorale Differenzierung von Sicherheitsstrategien in der OECD-Welt gegenüber, die man durchaus als Vorboten von *Sicherheits-Governance* deuten kann (Krahmann 2003). Indem sowohl Staaten, Internationale Organisationen als auch global agierende Unternehmen auf private Produktionsformen von Sicherheit



zurückgreifen, verlieren klassische sicherheitspolitische Strategien und Analyseansätze an Bedeutung.

#### *4.1. Kommerzialisierung als Selbstläufer*

Die verstärkte Einbindung kommerzieller Sicherheitsagenturen in Kriegsszenarien und Nachkriegsordnungen ist nicht nur ein Resultat der Interessen vor allem westlicher Demokratien und Großmächte, Menschenrechtsnormen und demokratische Standards militärisch durchzusetzen bzw. zu erzwingen und globale Sicherheitsgefährdungen („Kampf gegen den Terrorismus“) effektiv zu bekämpfen, zugleich sind sie auch deren Voraussetzung: Denn erst durch die Möglichkeit der Auslagerung immer weiterer Bereich von Sicherheits- und militärischen Aufgaben an private Akteure können solche Interventionen innenpolitisch „verkauft“ und personell bestritten werden. Die vermeintlich kosteneffektiveren Lösungen und die funktionale Differenzierung des Sicherheitsmarktes dürften dabei die weitere Privatisierung traditioneller militärischer Funktionen weiter begünstigen. Sowohl die Exekutiven demokratischer Systeme als auch der private Sicherheitssektor profitieren dabei von der fehlenden Transparenz des globalen Sicherheitsmarkts (vgl. Avant 2005: 128).

Gerade die Frage der Kosteneffizienz durch Outsourcing ist allerdings bis heute nirgendwo belegt, denn die Verträge werden selbst nur ungenügend kontrolliert (Schreier/Caparini 2005: 98; Wulf 2005: 190f). Es lässt sich sogar vermuten, dass der zunehmende Einsatz von PSAs die Kosten eher in die Höhe treibt. Zum einen bringt der Einsatz von PSAs in Konfliktgebieten erhöhte Koordinationsleistungen mit sich, weil die nationalen Streitkräfte durch die Verwischung des Kombattantenstatus, wie im Irak zu beobachten, in Schutzleistungen auch der PSA-Angehörigen eintreten müssen, wenn diese in Gefechte mit Aufständischen verwickelt werden. Zum anderen erhöhen sich die Kosten schon schlicht aus der Tatsache, dass je mehr Verträge zustande kommen, die öffentliche Hand erhebliche Ressourcen für die kompetitive Ausschreibung der Verträge und ihre Kontrolle aufbringen muss (Krahmann 2005; Singer 2004). Entscheidender als die tatsächliche finanzielle Kostensenkung scheint für die fortgesetzte Kommerzialisierung daher eher die Tatsache zu sein, dass demokratische Entscheider die öffentliche Wahrnehmung von Militäreinsätzen durch die Auslagerung an PSAs zu ihren Gunsten beeinflussen können, d.h. die Senkung der politischen Kosten.

Wie staatliche Interventionsakteure auch sind kommerzielle Sicherheitsanbieter aber eben nicht nur Teil einer möglichen Konfliktregulierung, sondern auch Teil des Problems, wenn sie aus Unkenntnis Prozesse der politischen und sozialen Reorganisation erschweren, Gewaltkon-

flikte verlängern oder gar die (Wieder-)Herstellung legitimer politischer Ordnungen in Nachkriegssituationen diskreditieren.

#### 4.2. *Private und öffentliche Interessen*

Dies wirft die grundsätzliche Frage auf, ob Strategien der (Re-)Monopolisierung von Gewalt und der Demokratisierung wie in Afghanistan oder im Irak überhaupt funktionieren können, wenn sie durch Partnerschaften staatlicher und privater Sicherheitsakteure von außen implementiert werden. Zumindest sind daran Zweifel berechtigt. Auch wenn man sich der Verteufelung von PSAs als neuen „dogs of war“ (Zarate 1998), die aus reinem Profitstreben Konflikte verlängern (Taulbee 2000), durch die häufige Entlohnung in wertvollen Rohstoffen neokoloniale Ausbeutungsstrukturen herstellen (Chapleau/Misser 2001) oder systematische Menschenrechtsverletzungen begehen (Singer 2001/2002), nicht anschließt, muss doch hinterfragt werden, inwiefern die fortgesetzte Kommerzialisierung zu stabiler Befriedung von Gewaltkonflikten beitragen kann.

PSAs verstehen und verkaufen Sicherheit als ein *privates, selektives* Gut. Darauf spezialisiert, bestehende Bedrohungen im Interesse ihres Auftraggebers zu beseitigen, sind sie nicht primär daran interessiert, Sicherheit als ein *öffentliches* Gut (wieder-)herzustellen. Ihre Aktivitäten sind darauf ausgerichtet, bestehende Sicherheitsrisiken zu bekämpfen, nicht ihnen vorzubeugen, wenn nicht sogar, wie einige vermuten, „an inbuilt market-logic makes PMCs contribute to the securitization of a variety of issues“ (Leander 2005: 612).

Für die Konfliktbearbeitung bedeutet dies, dass sie zwar dazu beitragen können, gewaltsame Konflikte kurzfristig zu befrieden, aber nicht an den sozialen, politischen oder ökonomischen Ursachen dieser Konflikte etwas verändern (Mair 2004: 269). Das ist zwar weder ihr Anspruch (Brooks 2000) noch ihr originäres Tätigkeitsfeld, zugleich aber die entscheidende Herausforderung jeder stabilen Konfliktbefriedung durch externe Interventionsakteure. Der zunehmende Einsatz von PSAs in Post-Konfliktgebieten durch die westlichen Interventionsstaaten zeigt also ein Dilemma auf. Gedacht als kostengünstige Strategie, Konflikte zu bekämpfen, die als Gefahr einer liberalen Weltordnung wahrgenommen werden, fehlen gerade diesen Akteuren die Ressourcen wie auch der Anreiz, dieses auch nachhaltig zu tun (schon Shearer 1998). Gerade (Post-) Konfliktgebiete, wie Afghanistan oder der Irak, machen deutlich, dass der militärische Sieg eben nicht entscheidend für die Befriedung ist, sondern dass es darum gehen muss, eine dauerhafte, stabile öffentliche Ordnung zu errichten.

### *4.3. Stabile Ordnung: Anspruch und Realität*

Der durchaus formulierte Anspruch westlicher Interventionsstaaten, in solchen Konfliktgebieten eine stabile Nachkriegsordnung zu errichten, wird also durch die Auslagerung eines großen Aufgabenspektrums an kommerzielle Sicherheitsanbieter zumindest nicht einfacher. Diese Lektion musste auch die USA im Irak lernen. Dort verweigerte die US-Armee den Schutz der Agenturen und Firmen zu übernehmen, die für den Wiederaufbau ins Land geholt wurden, und übertrug diese Aufgabe stattdessen der irakischen Übergangsautorität, die damit angesichts der Zerschlagung des irakischen Polizei- und Militärapparats nicht nur heillos überfordert, sondern zugleich auch nicht willens war. Im Ergebnis sind die internationalen Zivilisten und Firmenangehörigen darauf angewiesen, ihren Schutz durch PSAs selbst zu gewährleisten – eine Tendenz, die aus vielen Regionen verfallender Staaten in Afrika hinreichend bekannt ist, in denen transnationale Unternehmen oder humanitäre Organisationen schon seit langem darauf angewiesen sind, ihre Sicherheit privat zu organisieren. Das führte im Irak umgekehrt dazu, dass die Kosten für Wiederaufbaumaßnahmen derartig in die Höhe stiegen, dass sie mittlerweile bis zu 15% des Gesamtvolumens in Anspruch nehmen (Krahmann 2005: 25). Dadurch verlangsamte sich der Wiederaufbau nicht nur enorm; darüber hinaus sind mit dieser Strategie auch weitere Probleme verbunden.

Wie in zahlreichen substaatlichen Konfliktsituationen (Somalia oder Afghanistan) ist auch im Irak die Grenze zwischen Gewaltkonflikt und Post-Konflikt fließend. Angesichts des häufigen Oszillierens zwischen Krieg und Waffenruhe, wechselnden Allianzen und Akteursabsplattungen sowie zwischen lokalen und regionalen Dynamiken ist eher von Patchwork-Strukturen befriedeter Zonen und Kriegsgebiete zu sprechen. Der Satz, dass PSAs von Söldnern unterscheidet, „dass ihr Einsatz zumeist außerhalb der Kampfhandlungen eines internationalen bewaffneten Konflikts stattfindet (...)“ (Kümmel 2005: 146) gilt für diese komplexen Konfliktstrukturen ohnehin kaum noch, denn selbst wenn PSAs hauptsächlich für die Bereiche Ausbildung, Logistik, Nachrichten und Objektschutz eingesetzt werden, zeigen doch gerade Afghanistan und der Irak, wie nah diese unterstützenden Tätigkeit inzwischen an das klassische Schlachtfeld herangerückt sind.

In Afghanistan unterstützen PSAs die örtliche Polizei in ihrer Arbeit und sind auch bei Einsätzen der US-Armee im Kampf gegen die Taliban in Gefechte involviert. Ähnliches lässt sich im Irak beobachten, wo PSAs im Konvoischutz ebenso in Gefechte verwickelt werden wie im Personenschutz etwa der zivilen Übergangsverwaltung vor Ort. Im Gegensatz zu früheren Einsätzen etwa in den ehemaligen Teilrepubliken Jugoslawiens sind PSAs heute viel-

fach *neben* den regulären staatlichen Streitkräften im Feld aktiv. Das hat in diesen Konfliktgebieten nicht nur zu einer signifikanten Erhöhung von *Blue-on-White-Fire* geführt (GAO 2003), d.h. zu Feuergefechten zwischen Koalitionstruppen und PSA-Angehörigen etwa an Checkpoints, zugleich verändert sich auch der Status von PSA-Angehörigen in den Augen der lokalen Bevölkerung. Die Annahme von Befürwortern der Kommerzialisierung des Krieges, die anhand afrikanischer Beispiele schlecht ausgebildeter, mangelhaft besoldeter und oftmals korrupter nationaler Streitkräfte, davon ausgehen, dass PSAs von der Bevölkerung eher als neutrale Ordnungsmacht aufgenommen werden, wird damit zunehmend fragwürdig (vgl. Mair 2004). Neuere Arbeiten zu PSAs im Irak machen dagegen deutlich, dass diese von Aufständischen schlicht als Konfliktpartei wahrgenommen und entsprechend als legitimes Ziel von Kampfhandlungen behandelt werden (Krahmann 2005: 12, 14), wenngleich ohne den Schutz des Kombattantenstatus oder die Verantwortung durch den entsendenden Staat, wie schon die entführten Hubschrauberpiloten, die für die USA in Kolumbien an der Operation Plan Colombia teilnahmen, verdeutlichen (Singer 2001/2002).

Die Vermutung, die zu den Konsequenzen der Kommerzialisierung von Sicherheit in zerfallenden Staaten vielfach geäußert wird, dass sie nämlich zur Multiplizierung von Sicherheitsproblemen führt und wenig geeignet ist, öffentliche Sicherheit wiederherzustellen (jüngst Leander 2005), scheint sich somit auch in der Strategie demokratischer Staaten, Interventionen und insbesondere deren Nachsorge zunehmend an private Sicherheitsanbieter auszulagern, zu bestätigen. Nicht eine stabile öffentliche Ordnung deutet sich in Afghanistan oder dem Irak durch Kooperationen staatlicher und privater Akteure an, sondern eine Vervielfältigung der Sicherheitsprobleme und Zersplitterung der Konfliktstrukturen und -akteure.

## **5. Schluss**

Sicherheitspolitische Innovationen garantieren weder schnelle Siege noch die Sicherung des Friedens. Diese Erfahrung ist im Übrigen aus historischer Perspektive alles andere als neu. Die Entwicklungen im Irak (2003-) weisen nachdrücklich darauf hin, dass revolutionäre Militärtechnologien zwar geeignet sind, konventionelle Gegner effektiv zu besiegen. Diese Strategien kommen aber dort an ihre Grenzen, wo gegnerische Konfliktparteien auf unkonventionelle Methoden zurückgreifen (Guerillataktik, Terroranschläge) und politische Ordnungsstrukturen fragil sind. Die Auslagerung weiter militärischer Bereiche der Konfliktbearbeitung

an kommerzielle Sicherheitsanbieter ist umgekehrt kaum geeignet, diesem Manko entgegenzutreten.

Militärstrategische Innovationen und die fortgesetzte Kommerzialisierung der Sicherheitsproduktion machen es Demokratien zwar unbestreitbar leichter, in Kriege einzutreten und dienen somit als materielle Unterfütterung sowohl der humanitären Agenda vieler dieser Staaten wie ihrer liberalen Weltordnungsprojekte. Sie bergen aber zugleich neue Risiken für jede Weltordnungspolitik, weil sie vor der eigentlichen Aufgabe einer solchen Politik notwendig scheitern müssen, dem (Wieder-)aufbau einer stabilen öffentlichen Ordnung.

Damit wird zwar das Monopol demokratischer Interventionsstaaten auf die Kriegführung (noch) nicht beeinträchtigt. Es besteht jedoch die Gefahr, dass die weitere Auslagerung militärischer Fähigkeiten und die Ausdifferenzierung von Sicherheitsfunktionen in komplexen (Post-)Konfliktgebieten sich wechselseitig verstärkende Prozesse in Gang setzen, die einerseits den globalen Sicherheitsmarkt weiter expandieren lassen und andererseits das ohnehin für demokratische Entscheider unattraktive nation-building, das primär im nicht-militärischen Bereich operiert, weiter an den Rand drängen.

Stattdessen kann nicht ausgeschlossen werden, dass gerade die fortgesetzte Kommerzialisierung des Krieges zur Perpetuierung von Unsicherheit, zur Vervielfältigung von Sicherheitsproblemen und letztlich sogar – wenn auch als unintendiertem Effekt – zu weiteren Interventionen führt, dann nämlich, wenn angesichts einer primär militärisch betriebenen Demokratisierungspolitik unter Beteiligung privater, kommerzieller Sicherheitsagenturen interne Gewaltprozesse beschleunigt und/oder neue Konfliktparteien und -strukturen hervorgerufen werden. Darüber hinaus ist es plausibel anzunehmen, dass die (Eigen-)Dynamiken des Sicherheitsmarkts (und auch der zunehmend privatisierten Rüstungsindustrie) die nationalen und internationalen Sicherheitsdiskurse nicht unberührt lassen. Im Gegenteil. Schon heute nehmen die Experten des privaten Sicherheitssektors direkt und indirekt Einfluss auf das Verständnis von Sicherheitspolitik und auf das Verhältnis gegenüber Bedrohungen – und beeinflussen so das Entscheidungsverhalten demokratischer Regierungen über den Umgang mit sicherheitspolitischen Risiken im Allgemeinen, den Einsatz militärischer Gewalt im Besonderen (vgl. Leander 2005: 612).

Das prominenteste Opfer der hier skizzierten Entwicklungen dürfte das völkerrechtliche Gewaltverbot sein, das angesichts der Vermengung von Kriegseinsätzen und Post-Konfliktbefriedung, von staatlichen und nichtstaatlichen Gewaltakteuren seinen normativen Geltungssinn eben so verliert wie seine soziale Wirksamkeit.

## Literatur

- Amnesty International* 2004: *Undermining Global Security. The European Union's Arms Export*, London.
- Aust, Björn/Schlotter, Peter/Schweitzer, Christine* 2004 (Hrsg.): *Demokratien im Krieg – Kriegerische Demokratien*, Baden-Baden.
- Avant, Deborah* 2005: *Private Security Companies*, in: *New Political Economy*, 10: 1, 121-131.
- 2000: *From Mercenary to Citizen Armies: Explaining Change in the Practice of War*, in: *International Organization* 54: 1, 54-71.
- Ballentine, Karen und Jake Sherman* (Hrsg.) 2003: *The Political Economy of Armed Conflict. Beyond Greed and Grievance*, Boulder/London.
- Berdal, Mats und David Malone* (Hrsg.) 2000: *Greed and Grievances. Economic Agendas in Civil Wars*, Boulder, CO.
- Bremer, Stuart A.* 1982: *The Contagiousness of Coercion, The Spread of Serious International Disputes, 1900-1976*, in: *International Interactions* 9: 1, 29-55.
- Brock, Lothar/Geis, Anna/Müller, Harald* 2006: *The Case for a New Research Agenda: Explaining Democratic Wars*, in: Geis et al. 2006, 289-317, i.E.
- Brooks, Doug* 2000: *Messiahs or mercenaries? The Future of Private Military Services*, in: *International Peacekeeping* 7: 4, 129-144.
- Bruha, Thomas und Christian J. Tams* 2005: *Die Vereinten Nationen und das Völkerrecht*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 22/2005, 32-39.
- Chapleau, Philippe/Misser, François* 2001: *Le retour des mercenaires*, in: *Politique Internationale* 94, 225-240.
- Chojnacki, Sven* 2005: *Kriege im Wandel. Eine typologische und empirische Bestandsaufnahme*, in: Anna Geis (Hrsg.): *Den Krieg überdenken. Kriegsbegriffe und Kriegstheorien in der Kontroverse*, Baden-Baden: Nomos.
- 2004a: *Wandel der Kriegsformen? Ein kritischer Literaturbericht*, in: *Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, 2004, 32:3, 402-424.
- 2004b: *Demokratien und Krieg. Das Konfliktverhalten demokratischer Staaten im internationalen System, 1946-2001*, in: Schweitzer, Christine/Aust, Björn/Schlotter, Peter (Hrsg.), 2004: *Demokratien im Krieg*, AFK-Friedensschriften, Band 31, Baden-Baden, 72-106.
- Czempiel, Ernst-Otto* 2002: *Kehrt der Krieg zurück? Anamnese einer Amnesie*, in: *Merkur* 56: 3, 197-209.
- Duffield, Mark* 2001: *Global Governance and New Wars. The Merging of Development and Security*, London.
- Eberwein, Wolf-Dieter und Sven Chojnacki* 2001: *Scientific necessity and political utility. A comparison of data on violent conflicts*, P 01-304, Wissenschaftszentrum Berlin
- Ellis, Stephen* 1995: *Liberia 1989-1994. A Study of Ethnic and Spiritual Violence*, in: *African Affairs* 94: 375, 165-197.
- Elwert, Georg* 1997: *Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt*, in: Trotha, Trutz von (Hrsg.): *Soziologie der Gewalt*, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderheft 37, Opladen, 86-101.
- Finer, Jonathan* 2005: *Security Contractors in Iraq Under Scrutiny after Shootings*, in: *Global Policy Forum* ><http://www.globalpolicy.org/security/issues/iraq/contractindex.htm><.
- Finnemore, Martha* 1996: *Constructing Norms of Humanitarian Intervention*, in: Katzenstein, Peter (Hrsg.): *The Culture of National Security*, New York, NY, 153-85.
- Franck, Thomas M.* 1992: *The Emerging Right to Democratic Governance*, in: *American Journal of International Law* 86: 1, 46-91.
- Geis, Anna* 2001: *Diagnose Doppelbefund – Ursache ungeklärt? Die Kontroversen um den „demokratischen Frieden“*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 42:2, 282-298.

- Geis, Anna/Brock, Lothar/Müller, Harald* 2006 (Hrsg.): *Democratic Wars. Looking at the Dark Side of Democratic Peace*, Houndmills, Basingstoke, i. E.
- General Accounting Office, GAO* 2003: *Rebuilding Iraq*, Washington, DC >[www.gao.gov/new.items/d03792r.pdf](http://www.gao.gov/new.items/d03792r.pdf); 03.10.2005<.
- Gesellschaft für bedrohte Völker* 2005: *Private Militär und Sicherheitsfirmen: Hintergrund, globales Tätigkeitsfeld, Typologisierung, Problemfelder, völkerrechtliche Aspekte und Perspektiven*, Bern.
- Gleditsch, Nils Petter und Peter Wallensteen, Mikael Eriksson, Margareta Sollenberg, Harvard Strand* 2002: *Armed Conflict 1946-2001: A New Dataset*, in: *Journal of Peace Research* 35: 5, 615-637.
- Gochman, Charles S. und Zeev Maoz* 1984: *Militarized Interstate Disputes, 1816-1976, Procedures, Patterns, and Insights*, in: *Journal of Conflict Resolution* 28: 4, 585-616.
- Holmqvist, Caroline* 2005: *Private Security Companies. The Case for Regulation*, SIPRI Policy Paper No. 9, Stockholm.
- Holzgrefe, Jutta L./Keohane, Robert O.* 2003 (Hrsg.): *Humanitarian Intervention. Ethical, Legal, and Political Dilemmas*, Cambridge, MA.
- Howe, Herbert* 1998: *Private security forces and African stability: the case of Executive Outcomes*, in: *Journal of Modern African Studies* 36: 2, 307-331.
- ICIJ* 2002: *Making a Killing: The Business of War* >[http://www.icij.org/dtaweb/icij\\_bow.asp?Section=Chapter&ChapNum=1](http://www.icij.org/dtaweb/icij_bow.asp?Section=Chapter&ChapNum=1); 03.10.2005<
- Isenberg, David* 2004: *A Fistful of Contractors: The Case for a Pragmatic Assessment of Private Military Companies in Iraq*, British American Security Information Council, Research Report 2004.4.
- Jones, Daniel M. und Stuart S. Bremer, David J. Singer* 1996: *Militarized Interstate Disputes, 1816-1992, Rationale, Coding Rules, and Empirical Patterns*, in: *Conflict Management and Peace Science* 15: 2, 163-213.
- Kaldor, Mary* 1999: *New and Old Wars. Organized Violence in a Global Era*, Cambridge.
- Kanzleiter, Boris* 2003: *Krieg und Frieden GmbH*, in: Azzellini, Dario/Kanzleiter, Boris (Hrsg.): *Das Unternehmen Krieg*. Berlin, 175-191.
- Krahmann, Elke* 2005: *The Privatization of Security Governance. Private Military Contractors in Europe and North America*, i.E.
- 2003: *Conceptualizing Security Governance*, in: *Cooperation and Conflict*, 38: 1, 5-26.
- Kühne, Winrich* 2005: *Die Friedenseinsätze der VN*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 22/2005, 25-31.
- Kümmel, Gerhard* 2005: *Die Privatisierung der Sicherheit. Private Sicherheits- und Militärunternehmen in den internationalen Beziehungen*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 12: 1, 141-170.
- Leander, Anna* 2005: *The Market for Force and Public Security: The Destabilizing Consequences of Private Military Companies*, in: *Journal of Peace Research* 42: 5, 605-622.
- 2003: *The Commodification of Violence, Private Military Companies, and African States*. IIS-Working Paper No. 11, Copenhagen Peace Research Institute, Kopenhagen.
- 2002: *Global Ungovernance: Mercenaries and the Control over Violence*, IIS-Working Paper No. 4, Copenhagen Peace Research Institute, Kopenhagen.
- Levy, Jack S. und Thomas C. Walker, Martin S. Edwards* 2001: *Continuity and Change in the Evolution of Warfare*, in: Maoz, Zeev and Azar Gat (eds.), *War in a Changing World*, Ann Arbor, MI, 15-48.
- Lock, Peter* 2001: *Sicherheit à la Carte? Entstaatlichung, Gewaltmärkte und die Privatisierung des staatlichen Gewaltmonopols*, in: Brühl, Tanja, Tobias Debiel, Brigitte Hamm, Hartwig Hummel und Jans Martens (Hrsg): *Die Privatisierung der Weltpolitik. Entstaatlichung und Kommerzialisierung im Globalisierungsprozess*, Bonn, 200-229.
- Mandel, Robert* 2003: *Armies without States. The Privatization of Security*, Boulder/London.

- Mair, Stefan* 2004: Die Rolle von Private Military Companies in Gewaltkonflikten, in: Kurtenbach, Sabine/Lock, Peter (Hrsg.): Kriege als (Über)Lebenswelten. Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität, Bonn, 260-273.
- Mölling, Christian* 2004: Mittel und Methoden der Kriegführung demokratischer Staaten, in: Aust et al. 2004, 203-224.
- Müller, Harald* 2004: Demokratien im Krieg – Antinomien des demokratischen Friedens, in: Aust et al. 2004, 35-52.
- 2002: „Antinomien des demokratischen Friedens“, in: Politische Vierteljahresschrift 43: 1, 46-81.
- Münkler, Herfried* 2002: Die neuen Kriege, Berlin.
- Musah, Abdel-Fatau und Kayode Fayemi* 2000: Africa in Search of Security: Mercenaries and Conflicts - An Overview, in: Musah, Abdel-Fatau und Kayode Fayemi (Hrsg.): Mercenaries. An African Security Dilemma, London/Sterling, 13-42.
- Musah, Abdel-Fatau* 2002: Privatization of Security, Arms Proliferation and the Process of State Collapse in Africa, in: Development and Change 33: 5, 911-933.
- Muthien, Bernedette und IanTaylor* 2002: The Return of the Dogs of War? The Privatization of Security in Africa, in: Biersteker, Thomas J. und Rodney B. Hall (Hrsg.): The Emergency of Private Authority in Global Governance, Cambridge, 183-199.
- Mysorekar, Sheila* 2005: DynCorp und die Privatisierung des Krieges, in: Zeitschrift für Entwicklung und Zusammenarbeit 4; >[http://www.inwent.org/E+Z/content/archiv-ger/04-2004/schwer\\_art5.html](http://www.inwent.org/E+Z/content/archiv-ger/04-2004/schwer_art5.html); 03.10.2005<.
- O'Brien, Kevin 2000: Private Military Companies and African Security 1990-98, in: Musah, Abdel-Fatau und Kayode Fayemi (Hrsg.): Mercenaries. An African Security Dilemma, London/Sterling, 43-75.
- Pickering, Jeffrey* 2002: Give me Shelter. Reexamining Military Intervention and the Monadic Democratic Peace, in: International Interactions 28: 4, 293-324.
- Reisman, W.M.* 2000: Sovereignty and Human Rights in Contemporary International Law', in Fox/Roth (Hrsg.): Democratic Governance and International Law, Cambridge, MA, 239-58.
- Rhodes, Edward* 2003: The Imperial Logic of Bush's Liberal Agenda, in: Survival 45/1, 131-154.
- Sarkees, Meredith Reid/Waman, Frank Whelon/Singer, J. David* 2003: Inter-State, Intra-State, and Extra-State Wars: A Comprehensive Look at Their Distribution over Time, 1816-1997, in: International Studies Quarterly 47: 49-70.
- Schneiker, Andrea* 2005: Die Privatisierung von Gewalt und Krieg. Der Einsatz privater Militärfirmen in Kolumbien, in: Quetzal-Leipzig, ><http://www.quetzal-leipzig.de/debatt/txt/20050301-GewaltKolumbien.htm>; 03.10.2005<.
- Schreier, Fred/Caparini, Marina* 2005: Privatising Security: Law, Practice and Governance of Private Military and Security Companies, DCAF Occasional Paper 6, Geneva.
- Shearer, David* 1998: Private Armies and Military Intervention. Adelphi Paper 316, New York.
- Silverstein, Ken* 2000: Private Warriors, London.
- Singer, P.W.* 2001/02: Corporate Warriors. The Rise of the Privatized Military Industry and its Ramifications for International Security, in: International Security 26: 3, 186-220.
- 2003: Corporate Warriors: The Rise of the Privatized Military Industry. Ithaca.
- 2004: The Private Military Industry and Iraq: What Have We Learned and Where to Next?, DCAF Policy Paper, Genf.
- Tauble, James Larry* 2000: Mercenaries, Private Armies and Security Companies in Contemporary Policy, in: International Politics 37: 4, 433-456.
- Wulf, Herbert* 2005: Internationalisierung und Privatisierung von Krieg und Frieden, Baden-Baden.



- Zangl, Bernhard und Michael Zürn* 2003: Frieden und Krieg. Sicherheit in der nationalen und postnationalen Konstellation, Frankfurt/Main.
- Zarate, Juan C.* 1998: The Emergence of a New Dog of War: Private International Security Companies, International Law, and the New World Disorder, in: Stanford Journal of International Law 34, 75-162.